

**Protokoll der
95. Sitzung des
Landesbeirats für Immissionsschutz
am 04. April 2017
in Düsseldorf**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

TOP 1 Begrüßung und Eröffnung:

Frau Dr. Hein begrüßt in Vertretung von **Herrn Staatssekretär Knitsch**, der wegen eines anderen Termins erst später an der Sitzung teilnehmen wird, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und eröffnet die 95. Sitzung des Landesbeirats für Immissionsschutz.

TOP 2 Tagesordnung der 95. Sitzung und Protokoll der 94. Sitzung am 06.12.2016

Da zur Tagesordnung keine weiteren Vorschläge eingegangen sind, wird sie in der mit der Einladung übersandten Fassung gebilligt.

Die geänderte und mit der Einladung zur 95. Sitzung versandte Niederschrift der 94. Sitzung am 06.12.2016 wird angenommen und auf die Internetseite des Landesbeirats eingestellt.

TOP 3 Allgemeine Information über Aktuelles auf den Gebiet des Immissionsschutzes

In ihrem Bericht stellt **Frau Dr. Hein** folgende aktuelle Themen vor:

a) Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung/Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet

Im Nachgang zur 94. Sitzung, bei der dieses Thema den Schwerpunkt der Sitzung bildete, berichtet **Frau Dr. Hein** über die aktuellen Entwicklungen. Hierzu verweist sie auf den als Tischvorlage ausliegenden Bericht der Landesregierung (LT -Drs. MMV16/4910) – Anlage 2.

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?typ=P&Id=MMV16/4910&quelle=alle&wm=1&action=anzeigen>

Die in der 94. Sitzung angestoßene Diskussion wird fortgesetzt. Das MKULNV NRW hat die zuständigen Ressorts (MIK, MWEIHMH sowie die Staatskanzlei), den VCI NRW und Unternehmer NRW, die Naturschutzverbände, die DUH und Transparency International, die Kommunalen Spitzenverbände sowie die Bezirksregierungen Düsseldorf und Köln für den 02.05.2017 zu einem „Runden Tisch“ eingeladen, um die Rechtslage sowie die zu berücksichtigenden Aspekte zu erörtern. Darüber hinaus sollen anhand von Beispielen die Bedenken in Bezug auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und sicherheitsrelevante Informationen erörtert werden.

b) Entwurf der 42. BImSchV (Verordnung über Verdunstungskühlanlagen, Kühltürme und Nassabscheider)

Die 42. BImSchV wurde am 22.03.2017 im Bundeskabinett beschlossen. Damit geht diese BImSchV nach einer längeren Erarbeitungszeit in die entscheidende Phase.

Auslöser dieser BImSchV war ein schwerwiegender Legionellenfall in Warstein in 2013. Danach hatte NRW am 03.12.2013 den Antrag zur „Entschließung des Bundesrates zur Notwendigkeit immissionsschutzrechtlicher Regelungen der Anforderungen an Errichtung und Betrieb von Verdunstungskühlanlagen“ eingebracht, zu dem der Bundesrat am 14.02.2014 eine Entschließung gefasst hat. Mit Datum vom 19.01.2016 hat das BMUB einen ersten Entwurf vorgelegt.

Zwischenzeitlich hatte das MKULNV NRW auf der Basis des Entwurfs des BMUB in zwei Erlassen vorsorglich landesweite Regelungen für Fälle, in denen Legionellenbefunde in entsprechenden Anlagen festgestellt wurden, aufgestellt.

c) Novellierungen der 18. BImSchV (Sportanlagenlärmschutzverordnung) und der TA Lärm

Die Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV) wird aktuell novelliert. Der Verordnungsentwurf enthält folgende Änderungen:

- Die Immissionsrichtwerte (IRW) in den abendlichen Ruhezeiten sowie in den Ruhezeiten sonntags mittags werden um 5 dB(A) angehoben.
- Die Altanlagenregelung wird konkretisiert und orientiert sich stark am diesbezüglichen NRW-Erlass.

Die 18. BImSchV wurde am 31.03.2017 im Bundesrat beraten. Hinsichtlich der Immissionsrichtwerte in urbanen Gebieten wurde ein Beschluss analog zur TA Lärm gefasst (tags 63 dB(A), nachts 45 dB(A)).

In diesem Zusammenhang spielt auch die Novellierung der Baunutzungsverordnung (BauNVO) und die darin vorgesehene Einführung sog. „Urbaner Gebiete“ eine Rolle, die auch bei der Novelle der TA Lärm zum Tragen kommen wird.

Um den Kommunen zur Erleichterung des Bauens in stark verdichteten städtischen Gebieten mehr Flexibilität einzuräumen, werden die „Urbanen Gebiete“ als Gebietskategorie MU in die TA Lärm aufgenommen. Die Immissionsrichtwerte (IRW) dieser urbanen Gebiete liegen in der Entwurfsfassung tagsüber 3 dB(A) über den IRW für Mischgebiete.

Die TA Lärm wurde am 31.03.2017 im Bundesrat beraten. Der Bundesrat empfiehlt, den Tages-Immissionsrichtwert auf 63 dB(A), den Nacht-Immissionsrichtwert auf 45 dB(A) festzulegen. Der von Hamburg beantragten Einführung von Innenraumpegeln, der einem Paradigmenwechsel beim Lärmschutz gleich gekommen wäre, hat keine Mehrheit erhalten.

Frau Dr. Hein bewertet das vorliegende Ergebnis als guten Kompromiss zwischen den verschiedenen Nutzungen und Ansprüchen. Sie verweist dabei auf den Masterplan Umwelt und Gesundheit, der sich als Dialogformat im Rahmen von Fachgesprächen oder Workshops dieses Themas annehmen wird.

In der Diskussion wird von **Herrn Graaff** die Frage aufgeworfen, wie es im Verfahren weitergehen wird. Die in der Sitzung hierzu zugesagten ergänzenden Informationen sind Anlage 3 zu entnehmen.

d) Bilanzbericht „Stärkung der Umweltverwaltung und der anlagenbezogenen Umweltüberwachung (Umweltinspektionen) in Nordrhein-Westfalen“

Mit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2010 hatte sich die aktuelle Landesregierung unter anderem das Ziel gesetzt, die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen wieder zu stärken, um den Anforderungen an eine moderne, schlagkräftige und effiziente behördliche Umweltüberwachung gerecht zu werden.

Mit dem Bericht vom 24.01.2017 wird eine Bilanz über das Erreichte gezogen und ein Ausblick auf zukünftige Herausforderungen gegeben. Der Bericht wurde dem Umweltausschuss des Landtages als Landtagsbericht übersandt, zusätzlich war er Gegenstand der Beratung bei der Sitzung dieses Ausschusses am 08.03.2017.

Eine Umweltverwaltung,

- die den heutigen Anforderungen an einen vorbeugenden, präventiven Umweltschutz gerecht werden soll und
 - die den Belangen der Menschen und der Industriegesellschaft dient,
- muss in einem industriell und landwirtschaftlich stark geprägten Land mit einer hohen Bevölkerungsdichte personell wie sachlich in der Lage sein, in der Fläche zu untersuchen, zu beraten, zu genehmigen und zu überwachen.

Eine kürzlich in Baden-Württemberg von Prof. Bogumil, Ruhruniversität Bochum, durchgeführte Untersuchung zur Weiterentwicklung der dortigen Umweltverwaltung hat u.a. auch einen Vergleich der Flächenländer Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen angestellt. Gemessen an den Indikatoren Einwohnerzahl, der Anzahl der relevanten Betriebe und Anlagen und dem Bruttoinlandsprodukt liegt NRW bei der Personalausstattung deutlich hinter den beiden anderen großen Flächenländern. Abhängig vom gewählten Indikator müsste NRW die Stellen in der Umweltverwaltung um eine Zahl im niedrigen vierstelligen Bereich erhöhen, um eine vergleichbare Personalausstattung zu erreichen. **Frau Dr. Hein** weist darauf hin,

dass das Personal in der Umweltverwaltung nur etwa ein Prozent des gesamten Stellenbestands in der Verwaltung umfasst.

Der Bericht (Drs. 16/4686) ist als Anlage 4 beigelegt. Zudem kann er über <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV16-4686.pdf> aufgerufen werden.

TOP 4 „Aktuelles zur Luftreinhaltung in Nordrhein-Westfalen“

Das Thema ist bereits mehrfach in Sitzungen des Landesbeirats vorgestellt und erörtert worden. Über den aktuellen Stand berichtet **Frau Dr. Termath** in ihrem Vortrag (Anlage 5).

Dabei geht sie auf zwei Schwerpunkte ein:

- Fortschreibung der Luftreinhaltepläne in NRW – Prioritäten und Zeitschiene – sowie
- NO₂-Vertragsverletzungsverfahren.

Zusätzlich verweist sie auf den als Tischvorlage ausliegenden Bericht der Landesregierung an den Landtag vom 15.03.2017 zum NO₂-Vertragsverletzungsverfahren (LT-Drucksache 16/4854) – Anlage 6.

Aus der Diskussion:

Herr Welge erläutert, dass im April 2017 ein Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages zur „Blauen Plakette“ zu erwarten sei. Nach seinen Informationen betrage die Zahl der nach dem Abgasskandal umgerüsteten Fahrzeuge mittlerweile 3,17 Mio.. Zusätzlich verweist er auf Gerichtsurteile aus Bayern mit unklaren Folgen für die Kommunen (z.B. mögliche Sperrungen einzelner Straßen?), die aus seiner Sicht eine Einschränkung der kommunalen Planungshoheit nach Art. 28 GG bedeuten. Herr Welge spricht sich für einen landesweiten Luftreinhalteplan NRW aus und bietet für den Städtetag die Zusammenarbeit an. Wichtig sei es, eine breitere Beteiligung von Akteuren (z.B. der IHK'en und betroffener Verbände) als bisher zu erreichen. Sie müssen Luftreinhaltung als eigenes Thema verstehen und tätig werden, da die bislang ergriffenen Maßnahmen nur noch geringe Zuwächse bei Minderungserfolgen erwarten lassen. Eine Abschaffung des Dieselprivilegs bringe 7 Mrd. € zusätzliche Einnahmen, die sinnvollerweise für Maßnahmen zur Nachhaltigkeit verwendet werden könnten, z.B. für den Ausbau der ÖPNV.

Frau Horster weist auf die nach wie vor steigenden Zulassungszahlen und Fahrleistungen von Fahrzeugen hin, die verhindern, dass spürbare Verbesserungen im Bereich der Luftreinhaltung erzielt werden können. Ihr stelle sich die Frage, ob sich die Bundesregierung bei ihren Maßnahmen auf die richtigen Partner verlasse.

Herr Prof. Seibert geht in seinem Beitrag zunächst darauf ein, dass die aktuellen Probleme seit mehr als 25 Jahren absehbar waren. Die Versäumnisse von Gesetz- und Verordnungsgeber können die Gerichte nicht heilen. Die vorliegenden Gerichtsurteile stellten keinen unzulässigen Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar, sondern seien eine Reaktion auf die andauernde Überschreitung gesundheitsbezogener Grenzwerte. Für ihn ist zunächst die Bundesregierung gefordert, für entsprechende Regelungen zu sorgen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf Frankreich, wo das Privileg der Dieselbesteuerung seit mehreren Jahren kontinuierlich abgebaut wird. Herr Prof. Seibert weist darauf hin, dass eine Prüfung von Dieselfahrverboten erst nach der Entscheidung des BVerwG zur Sprungrevision zu einer weiteren Verzögerung führen würde.

Herr Friedrich stellt klar, dass die aktuelle Überarbeitung der Luftreinhaltepläne davon ausgeht, dass mit der Entscheidung des VG Düsseldorf Dieselfahrverbote grundsätzlich möglich sind.

Frau Dr. Hein sieht es angesichts der nach wie vor unbefriedigenden Gesamtsituation als ein positives Signal, dass sich der Verkehrsbereich zunehmend einbringt. Als Beispiel ist hier der Runde Tisch der Stadt Köln anzuführen, der sich in vier Arbeitsgruppen (davon zwei unter Leitung von Vertretern aus der Wirtschaft) mit Fragen der Luftreinhaltung im Stadtgebiet befasst. Problematisch ist immer noch, dass die meisten Maßnahmen zur Luftreinhaltung erst mittel- bzw. langfristig wirken; benötigt werden aber kurzfristige Maßnahmen. Auf die Frage von Herrn Prof. Seibert eingehend erläutert Frau Dr. Hein, dass das MKULNV NRW für Anfang Mai 2017 ein Gespräch mit den von Klagen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) betroffenen Bezirksregierungen und Städten sowie weiteren Beteiligten plant, um zu klären, wie es weiter gehen soll.

Abschließend stellt **Herr Staatssekretär Knitsch** fest, dass Politik und Staat in der Frage der Luftreinhaltung nicht ihre Pflichten erfüllt haben. Aus seiner Sicht sind die anhängigen Klagen der DUH berechtigt. Er verweist auf ein Gespräch mit der DUH, bei dem erreicht wurde, dass zunächst lediglich das Klageverfahren zum Luftreinhalteplan Düsseldorf fortgeführt wird. Die DUH hat sich bereit erklärt, die anderen Klageverfahren zunächst ruhen zu lassen. Damit hat das Land Zeit bekommen, weiter an der Zielerreichung einer besseren Luftqualität zu arbeiten. Herr Staatssekretär Knitsch betont, dass dieser Vertrauensbeweis aber auch eine besondere Verpflichtung bedeutet und nicht verspielt werden darf.

TOP 5 „Prognoseverfahren für die Geräuschmissionen von Windenergieanlagen“

Herr Dr. Hirsch stellt in seinem Vortrag als Vertreter des „Normenausschusses Akustik, Lärminderung u. Schwingungstechnik im DIN und VDI (NALS)“ das sog. „Interims-Verfahren des NALS“ zur Prognose von Geräuschmissionen von Windenergieanlagen vor. Der Vortrag ist als Anlage 7 beigelegt.

In der anschließenden Diskussion, an der sich Herr Staatssekretär Knitsch, Herr Prof. Seibert, Herr Dr. Hirsch, Herr Dr. Graaff, Frau Dr. Necker und Herr Friedrich beteiligen, werden verschiedene technische und rechtliche Fragestellungen erörtert und die unterschiedlichen Standpunkte ausgetauscht. Angesprochen wird dabei auch die Frage nach den Auswirkungen der Umstellung des Prognoseverfahrens auf laufende und zukünftige Genehmigungsverfahren in Nordrhein-Westfalen. In diesem Zusammenhang wird auf den Sicherheitszuschlag in NRW i.d.R. von 2,5 dB(A) im Rahmen der aktuellen Schallprognosen für Windenergieanlagen hingewiesen.

Weiteres Vorgehen: Der Landesverband Erneuerbare Energien NRW wie auch das Land Schleswig-Holstein lassen zur Zeit messtechnische Untersuchungen an Windenergieanlagen durchführen, um das Prognoseverfahren weiter abzusichern. Die Messungen werden im Mai abgeschlossen sein. Danach erfolgt die Willensbildung in den Ländern mit Beschlussfassung in der diesjährigen Herbstsitzung von LAI und UMK.


Innerhalb MKULNV werden u. a. die heute gestellten Fragen diskutiert und es wird über eine geeignete Form der Information nachgedacht.

Ergänzende Erläuterungen des Fachreferats V-5 zum aktuellen Stand der Diskussion in den Gremien der LAI zur Überprüfung und Fortschreibung der LAI-Hinweise aus 2005 zum Schallimmissionsschutz bei WEA auf Grundlage des Interimsverfahrens sowie über mögliche Auswirkungen des Interimsverfahrens auf die Genehmigungssituation in NRW sind in Anlage 8 beigelegt.

Verschiedenes

Keine Beiträge.

Mit einem Dank an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schließt **Herr Staatssekretär Knitsch** die Sitzung.



Klaus Wannmacher